



## EUNAVFOR MED Irini: Neue EU-Militäroperation im Mittelmeer

**Nach langen Diskussionen konnten sich die Mitgliedsstaaten der EU auf eine Nachfolgemission für EUNAVFOR MED Sophia einigen. EUNAVFOR MED Irini soll einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen leisten. Ähnlich wie in der letzten Phase des Einsatzes von Operation Sophia wollen einzelne Mitgliedsstaaten jedoch verhindern, dass die neue Marinemission Flüchtlinge im Mittelmeer rettet und nach Europa bringt.**

### Die Berliner Libyen-Konferenz

Die Bundesregierung unterstützte im Rahmen des sogenannten [Berliner Prozesses](#) die Bemühungen des damaligen UN-Sondergesandten für Libyen, Ghassan Salamé, zur Beendigung des bewaffneten Konflikts in Libyen. Ab September 2019 initiierten Auswärtiges Amt und Kanzleramt hierfür mehrere Treffen staatlicher Vertreterinnen und Vertreter<sup>1</sup> und Regionalorganisationen in Berlin. Der Berliner Prozess gipfelte am 19. Januar 2020 in der **Berliner Libyen-Konferenz**. Im Zuge dieser Konferenz verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten unter anderem dazu, das in den UN-Resolutionen [1970 \(2011\)](#), [2292 \(2016\)](#) und [2473 \(2019\)](#) verhängte **Waffenembargo gegen Libyen** einzuhalten und umzusetzen. Am 12. Februar 2020 wurden die Ergebnisse der Berliner Libyen-Konferenz durch Resolution [2510 \(2020\)](#) des UN-Sicherheitsrats in einen völkerrechtlich verbindlichen Rahmen überführt. Die Europäische Union trägt im Rahmen der **Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** mit einer neuen Militäroperation im Mittelmeer zur Umsetzung und Überwachung des Embargos bei. Mit EU-Ratsbeschluss [GASP 2020/472](#) vom 31. März 2020 wurde die [Operation EUNAVFOR MED Irini](#) etabliert.

Mit dem Beginn von EUNAVFOR MED Irini endete zudem die bestehende Militäroperation der Europäischen Mission im Mittelmeer – [EUNAVFOR MED Operation Sophia](#). Dabei besteht eine gewisse Kontinuität zwischen den Einsätzen, da der Kommandeur von Operation Sophia, Konteradmiral Fabio Agostini (Italien), nun auch die Leitung des Hauptquartiers der neuen Operation Irini in Rom übernommen hat.

### Mandat & politische Kontrolle

Die **Kernaufgabe** von EUNAVFOR MED Irini ist gemäß EU-Ratsbeschluss [GASP 2020/472](#), einen Beitrag zur Umsetzung des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen Libyen unter dem Einsatz von luft-, satelliten- und seegestützten Mitteln zu leisten. Darüber hinaus umfasst das Mandat **drei Nebenaufgaben**:

1. Umsetzung von Maßnahmen zur **Verhinderung der illegalen Ausfuhr von Erdöl** aus Libyen im Einklang mit UN-Resolution 2509 (2020);
2. **Kapazitätsaufbau** und **Schulung** der libyschen **Küstenwache** und **Marine**;
3. Beiträge zur **Zerschlagung** des Geschäftsmodells der **Schleuser- und Menschenhändlernetze**.

Die Militäroperation erfolgt unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung des für die GSVP zuständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) der EU. Dieses muss zur Fortsetzung von Irini alle vier Monate die **Genehmigung der Operation** erneut bestätigen. Darüber

---

<sup>1</sup> Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze verwendet die grammatikalisch weibliche und männliche Form gleichberechtigt. Die Personenbezeichnungen schließen dabei auch Personen ein, die eine Geschlechtsidentität haben, die nicht männlich oder weiblich ist.

hinaus kann ein einzelner Mitgliedsstaat umgehend veranlassen, dass die Schiffe von Irini acht Tage aus einem Teilbereich des Operationsgebiets abgezogen werden, wenn es in diesem zur Rettung von Geflüchteten kommen sollte. Beides zusammen ist eine bisher nie dagewesene Kontrolle über einen GSVP-Einsatz. Darüber hinaus wird EUNAVFOR MED Irini abseits von Fluchtrouten im mittleren und südlichen Mittelmeer operieren. Falls kein Mitgliedsstaat interveniert, läuft das Mandat von EUNAVFOR MED Irini bis zum 31. März 2021.

## Seenotrettung

Mit Ausnahme der Aufgabe zur Schleuserbekämpfung soll EUNAVFOR MED Irini nicht direkt im Bereich Migrationskontrolle eingesetzt werden. Dennoch hat die hoch politisierte innereuropäische Debatte um Seenotrettung und Migration die Einsetzung von Irini stärker geprägt als der diplomatische, vor allem von Deutschland vorangetriebene, Libyen-Prozess. Mit den oben erwähnten Beschränkungen des Einsatzes hofft man, dass sich das strittige Thema Seenotrettung gar nicht erst stellen wird – auch wenn Irini ebenfalls völkerrechtlich zur Seenotrettung verpflichtet ist. Immerhin konnte man sich mit der Hilfe Griechenlands auf einen Hafen zur Anlandung Geretteter und einen Ad-hoc Mechanismus zur Verteilung einigen. Obwohl die Zahl der Ankünfte von Geflüchteten über die Mittelmeerroute laut dem UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) [seit 2016 rückläufig](#) ist, bleibt das Mittelmeer für Flüchtende die tödlichste Seeroute der Welt. Ohne andere europäische Maßnahmen zur Seenotrettung bleibt es an den NGOs und der kommerziellen Seefahrt, die Menschen auf hoher See zu retten. Von der libyschen Küstenwache gerettete Migrantinnen und Migranten werden in menschenunwürdige Lager zurückgebracht – oder verschwinden. So sind bspw. laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) von 400 zwischen dem 10.-17. April von der libyschen Küstenwache zurückgeführten Geflüchteten knapp 200 nicht mehr auffindbar.

## Deutsche Beteiligung

Deutschland will sich mit bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten an der neuen Operation im Mittelmeer beteiligen. Neben einem Seefernaufklärer Orion P-3C zur Luftüberwachung und Stabspersonal für das Missionshauptquartier in Rom soll ab August 2020 zudem wieder ein Schiff der Marine zum Einsatz kommen. Für den Zeitraum 7. Mai 2020 – 30. April 2021 veranschlagt die Bundesregierung hierfür 45,6 Million Euro aus dem Bundeshaushalt.

## Herausforderungen

Die EU muss erst noch beweisen, dass EUNAVFOR MED Irini tatsächlich ein wichtiger Teil einer europäischen Antwort auf den Bürgerkrieg in Libyen sein kann. Das Waffenembargo konnte schon seit 2011 nicht umgesetzt werden. Während die Überwachung der Seewege durch Irini engmaschiger wird bleibt offen, wie der Waffenimport über Luft- und Landweg unterbunden werden kann. Genau das bevorteilt aktuell eine der beiden Hauptkonfliktparteien, die seit der Berliner Libyen-Konferenz weiterhin im großen Stil Waffen über Luft- und Landwege importiert.

Darüber hinaus bleibt abzuwarten, wie sich die oben erwähnten Beschränkungen bzw. Befugnisse der Mitgliedstaaten auf die Durchführung der Operation auswirken werden. Hinzu kommt, dass Russland angekündigt hat, dass es sich im Juni im UN-Sicherheitsrat eventuell gegen ein neues Mandat für Irini aussprechen wird – ohne diese Autorisierung müsste die Operation sofort eingestellt werden.

Der EU bleibt also vielleicht nicht viel Zeit, um sich mit Irini und anderen diplomatischen Initiativen als ehrlicher Makler in Libyen zu positionieren.